



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

P/XVI/38 - 15. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Der sinnlose Streit um das "Provisorium"</u> Von Dr. Adolf Arndt, MdB	111
4	<u>Politische Umschichtung in Frankreich</u> Bewegung nach Links? Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46
5 - 5a	<u>Der Tragödie zweiter Teil</u> Deutsch-griechische Pressestimmen zur Affäre Merten Von Dr. Basil Mathiopoulos	62
6 - 7	<u>Gebremste Karriere des Herrn von Fassel</u> Die kleine Geschichte eines grossen Strebers	59
7	<u>Admiral Zenker machte "Rein Schiff"</u> "Wir wollen keinen Dönitz-Kythos"	27

* * *
* * *

Der sinnlose Streit um das "Provisorium"

Von Dr. Adolf Arnät, MdB

Die Bundesregierung hat in ihrem Bulletin Nr. 27 vom 8. Februar einen Vortrag veröffentlicht, den Professor S c h e u n e r am 4. Februar im Rundfunk hielt. Darin schliesst sich Scheuner in dankenswerter Weise der kürzlich von Herbert W e h n e r geäußerten Auffassung an, dass es nicht glücklich sei, die Frage nach dem Provisorium als Rechtsstreit in den Vordergrund zu rücken. Zutreffend betont Scheuner, dass rechtliche Deutungen niemals die Mittel der Politik ersetzen können. Ich füge hinzu, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit keine juristische, sondern eine p o l i t i s c h e Frage ist.

Leider hat die Bundesregierung den Akzent der Ausführungen Scheuners doch wieder dadurch verschoben, dass sie die Publikation abermals unter jene unselig falsche Frage stellt "Ist die Bundesrepublik ein Provisorium?" und ihrer Veröffentlichung eine deutliche Spitze gegen Dr. D e h l e r gibt. Deshalb muss der Wahrheit zur Ehre gesagt werden, dass Dehler in seiner Berliner Rede vor den Burschenschaften keineswegs die von den Kommunisten behauptete Zweistaatlichkeit Deutschlands anerkannte. Auch der gegen ihn erhobene Vorwurf, er habe die angeblich beiden Teilstaaten in Deutschland rechtlich oder gar politisch einander gleichgestellt, entbehrt nach dem Wortlaut jener Dehler-Rede jeder Grundlage.

Das wirkliche Politikum, dem auch rechtliche Bedeutung zukommt, ist die zutreffende Feststellung Scheuners: "Das Deutsche Volk ist ein einheitliches Volk". Unsere Einigkeit über diese Geschichtstatsache immer wieder zu betonen und sie zur Geltung zu bringen, sollte unser gemeinsames Bemühen sein. Damit steht zugleich fest, dass die Einheitlichkeit unseres Volkes als eines einzigen Staatsvolkes selbstverständlich nichts Provisorisches an sich haben kann.

Diese rechtserhebliche Geschichtstatsache, über die wir alle dasselbe denken, sollte allerdings nicht verdunkelt werden durch unklare Konstruktionen, von denen leider auch Scheuners Ausführungen nicht frei sind. Die Verwirrung kommt daher, dass man den Begriff der Bundesrepublik Deutschland bedauerlicherweise in zwei verschiedenen Bedeutungen verwendet. Diese gefährliche Zweideutigkeit des Begriffs "Bundesrepublik"

abgedeckt zu haben, ist das Verdienst einer wissenschaftlichen Studie, die Walther Frhr. Marschall von B i b e r s t e i n zum Problem der deutschen Rechtslage veröffentlichte. In der Umgangssprache gebraucht man das Stichwort "Bundesrepublik", um damit lediglich Westdeutschland zu benennen, d.h. den einstweiligen Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes. In der Sprache des Parlamentarischen Rats und auch des Bonner Grundgesetzes selber bedeutet dagegen "Bundesrepublik Deutschland" keineswegs nur Westdeutschland, sondern das ganze Deutschland, schlechthin den deutschen Staat. Deshalb droht es, zu Missverständnissen Anlass zu geben, wenn Scheuner sagt, das Grundgesetz kenne nur e i n deutsches Staatswesen, das den Anspruch erhebt, das ganze deutsche Volk zu vertreten, weil allein in der rechtsstaatlichen Ordnung die rechtliche und geschichtliche Kontinuität des deutschen Staates lebe. Ein Staat "vertritt" nicht sein Volk, sondern ein Staat v e r k ö r p e r t sein Volk und wird als völkerrechtlicher Verband aus seinen Staatsangehörigen gebildet. Wegen der Einheitlichkeit des ganzen deutschen Volkes als des einen, seinen deutschen Staat bildenden Volkes, kann es deshalb keinen "Kernstaat" geben, der nur auf Westdeutschland zusammengeschrumpft ist. Richtig erinnert Scheuner an den Ausspruch des Bundesverfassungsgerichts 1957 im Konkordatsurteil. Dort heisst es:

"Das Deutsche Reich, welches nach dem Zusammenbruch nicht zu existieren aufgehört hatte, bestand auch nach 1945 weiter. Wenn auch die durch das Grundgesetz geschaffene Organisation vorläufig auf einen Teil des Reichsgebiets beschränkt ist, so ist doch die Bundesrepublik Deutschland identisch mit dem Deutschen Reich".

Daraus kann und darf nichts weniger abgelesen werden, als dass gegenwärtig nur Westdeutschland provisorisch den deutschen Staat und das deutsche Volk "vertrete". Das Bundesverfassungsgericht lässt vielmehr in seinem richtigen Ausspruch keinen Zweifel daran, dass der einzige Staat Deutschland, der nach wie vor existiert, das jetzt vom Grundgesetz als Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Deutsche Reich ist, das als Staat 1867 gegründet wurde und alle deutschen Staatsangehörigen umfasst. Die Identität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich wird durch die Identität des als ein einheitliches Volk fortbestehenden deutschen Staatsvolkes begründet. Wer die Staatlichkeit Deutschlands auf Westdeutschland beschränken und behaupten wollte, dass gegenwärtig ein deutscher Staat nur in Westdeutschland bestehe und an der Zonengrenze sein Ende finde, würde die staats- und völkerrechtliche Einheit Deutschlands und die Zone preisgeben.

Bedenken muss auch die unklare Bemerkung Scheuners wecken, das Grundgesetz hätte bereits eine d a u e r n d e Entscheidung getroffen. Das Grundgesetz selbst hebt in seinem Vorspruch hervor, es wolle "für eine Übergangszeit eine neue Ordnung" geben. Während dieser Übergangszeit bleibt, wie es weiterhin im Vorspruch zum Grundgesetz heisst, das gesamte deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Diese Vollendung ist als politische Aufgabe gedacht, weil wir die Teilung nicht rechtlich anerkennen, sondern sie uns als eine politische Tatsache von aussen her g e g e n den Willen des deutschen Volkes aufgezwungen ist. Entgegen der Meinung Dehlers, wie sie auch von einigen Staatsrechtlern, z.B. dem der CSU angehörenden Professor Frhr. von der H e y d t e, vertreten wird, können wir deshalb auch nicht zugestehen, dass es in diesem einen deutschen Staat zwei Teilstaaten unter einem gemeinsamen "Reichsdach" gebe. Ist die politische Aufgabe, wie sie der Vorspruch zum Grundgesetz formuliert, die staatliche Einheit des deutschen Volkes zu wahren und in freier Selbstbestimmung zu vollenden, erfüllt, so setzt das Grundgesetz selber durch Artikel 146 seinem Gelten eine sachliche und zeitliche Schranke. Es gibt den Raum frei für die Wahl einer deutschen Nationalversammlung mit voller verfassunggebender Gewalt. Darüber wurde bereits bei Verabschiedung der gesamtdeutschen Wahlordnung durch den 1. Bundestag zwischen Konrad A d e n a u e r und Kurt S c h u r a c h e r in einem dokumentarisch veröffentlichten Briefwechsel volle Übereinstimmung erzielt.

Man sollte deshalb Wendungen vermeiden, die auch nur daran anklingen, als ob man dem deutschen Volk für den sehnlichst erhofften Tag seiner Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit die Selbstbestimmung beschränken wollte, sich in freier Entscheidung eine Verfassung zu geben, an deren Entstehung mitzuwirken dann keinem Deutschen mehr versagt ist. Jede Anzweiflung dieses Selbstbestimmungsrechts würde den beschämenden Verdacht aufkommen lassen, als ob einer wagte, darum besorgt zu sein, dass sich das deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung geben könnte, welche die ewigen Prinzipien der Menschenwürde und der freiheitlichen Rechte nicht wahren würde. Wir sollten die nur schädliche Streiterei um die Frage nach dem Provisorischen beenden oder uns jedenfalls darin einig sein, dass provisorisch lediglich der p o l i t i s c h e Zustand sein darf, wie er uns in der Tatsache entgegentritt, dass das deutsche Volk gegenwärtig durch eine Zonengrenze voneinander getrennt wird und wir leider deshalb noch keine Regierung haben, die durch gesamtdeutsche Wahlen zum Abschluss eines Friedensvertrages ermächtigt ist.

Politische Umschichtung in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Perspektive französisch-algerischer Friedensverhandlungen und die französisch-tunesische Annäherung sind direkte Folgen des politischen Umschwungs in der öffentlichen Meinung. Dieser Wandel muss auch in den innenpolitischen Verhältnissen Frankreichs zum Ausdruck kommen. Die gegenwärtige Koalition der gaullistischen UMR mit den Rechtsunabhängigen ist morsch und überholt. General de Gaulle hat die Volksbefragung über das algerische Selbstbestimmungsrecht bekanntlich gegen den Willen der Rechtsbürgerlichen und mit Hilfe der Sozialisten (SFIO) und Volksrepublikaner (MRP) gewonnen. Diese Unterstützung wird er in der nunmehr beginnenden Phase der Verhandlungen zwischen Paris und der FLN noch dringender brauchen. Es ist kein Zufall, dass General de Gaulle gerade jetzt den Chef der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, nach längerer Unterbrechung wieder empfangen hat und mit ihm ein eineinhalbstündiges Gespräch führte. Die Gerüchte wollen nicht verstummen, nach welchen Mollet die Funktion eines Vizepräsidenten der Republik oder der Posten des Premierministers angeboten wurden; im letzteren Falle soll der jetzige Premierminister Debré Vizepräsident der Republik werden. Die SFIO will aber keine derartigen Ernennungen, sondern Neuwahlen, durch welche der politische Umschwung auf demokratischem Wege zum Ausdruck käme.

Auch der Besuch des volksrepublikanischen Parteiführers Mflimlin bei de Gaulle ist ein Beweis dafür, dass der Staatschef sich von nun ab mehr auf die linke Mitte stützen will, ohne auf die UMR zu verzichten. Die gaullistische Regierungspartei soll aber mehr als bisher wirkliche Mittelpartei sein und eine politische Häutung vollziehen. Die Bindungen mit den Rechtsbürgerlichen sollen gelockert werden, das Jahr 1961 soll nach Auffassung massgebender UMR-Führer ein Jahr der "sozialen Erneuerung" werden. Dabei spielen allerdings immer noch gewisse Illusionen über "Assoziation von Kapital und Arbeit" mit. Dahinter steht aber das tatsächliche Drängen der Arbeitnehmer nach echtem sozialen Aufstieg. Der belgische Generalstreik war ein Warnsignal für Frankreich.

Das französische Barometer zeigt jetzt bereits politische und soziale Erschütterungen an. Neuwahlen würden ohne Zweifel einen Linkeruck und eine entsprechende Schwächung der gaullistischen UMR bringen. Die französischen Gewerkschaften halten sich jetzt noch zurück, um de Gaulle in der Anbahnung der Friedensverhandlungen mit der FLN nicht zu stören. Wann der Algerienkrieg aber einmal beendet ist, wird diese Rücksichtnahme fallen. Für diesen Tag will das gaullistische Regime politisch und wirtschaftlich vorbereitet sein. Man hat begriffen, dass dies nur durch Zusammenarbeit mit den Sozialisten und der Gewerkschaftsbewegung möglich ist.

Die politische Regsamkeit wird auch durch die schwere Krise gefördert, in welcher sich jetzt die KP Frankreich und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften und Massenorganisationen befinden. Auch auf dieser Seite bereitet man sich auf die Umschichtungen vor, die sich am politischen Horizont Frankreichs abzeichnen.

Der Tragödie zweiter Teil

Von Dr. Basil Mathicopoulos

Die Affäre Merten zieht immer grössere Kreise und noch ist es nicht abzusehen, welche negativen Möglichkeiten in den ungeklärten Fakten dieser Angelegenheit stecken. Seit im Oktober die ersten Veröffentlichungen in der deutschen und griechischen Presse Staub aufwirbelten, entwickelte sich die Affäre aus dem Bereich zunächst privater Anschuldigungen zu einer deutsch-griechischen Frage auf diplomatischer Ebene.

Diesen Standpunkt vertrat kürzlich auch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die durch einen Artikel ihres Balkankorrespondenten Karl Kerber wieder Öl in das Feuer goss. Kerber glaubt die eigentlichen Hintergründe dieser mysteriösen Affäre aufgeklärt zu haben, indem er die deutsche Sozialdemokratie, die Labourparty und die griechischen Oppositionsparteien bezichtigt, der Fall Merten käme ihnen zu unlauteren Agitationen gegen die Regierung Karamanlis sehr gelegen. Im gleichen Atemzug macht der Beitrag auch Mitglieder der Regierung dafür verantwortlich, dass sie durch ihr eigenartiges Verhalten und Vorgehen die deutsch-griechischen Beziehungen belastet hätten. In diesem Zusammenhang versteigt sich besagter Artikel soweit, dass er die Athener Oppositionszeitung "Eleftheria" praktisch als Sprachrohr der Regierung deklariert, da sie aus der Regierungskasse Subsidien empfangt. Wegen dieser Behauptung hat die "Eleftheria" sofort Strafanzeige gegen die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in Deutschland erstattet.

Wollte man dieses Urteil eines aussenstehenden Beobachters trotz seiner Unrichtigkeiten für die zwischenstaatlichen Beziehungen als peripher bezeichnen, so muss man umso mehr einem äusserst scharfen Beitrag Beachtung schenken, der zur gleichen Zeit und völlig unabhängig in dem regierungsfreundlichen Athener Blatt "Kathimerini" erschien. Ausgelöst wurden die zum Teil sehr ausfälligen und unsachlichen Ausführungen durch den bekannten Brief des Legationsrates im

Auswärtigen Amt, Herrn v. Hase, an den Chefredakteur des "Hamburger Echo", Dr. Henrich. Nachdem die Verfasserin, die ihren Artikel in beschönigender Analogie "Echo von Athen" nennt, ihre Ode auf die deutschen "Geister voll Kraft und Sensibilität", auf die "Giganten, Götter und Demiurgen" abgesungen und die "dynamische, tapfere und stille Reaktion auf den vollständigen Zusammenbruch..." bewundert hat, beschwört sie in leidenschaftlichen - man ist versucht zu sagen: in hysterischen - Tönen die Gefahr der "alten preussischen Überheblichkeit", die "magnetisiert von scheinbar gülden menschlichen Werten, von Uniformen und Lanzen..." sei. Der "alt bekannten Gemeinschaft" fehle "jegliches Taktgefühl".

Der Artikel konzediert, dass man vor Wahlen die Presse günstig stimmen müsse, und dass die "unerklärliche diplomatische Ungleichung" aus diesem Bestreben entstanden sei. Aber diese "exorbitante Frechheit" sei nur ein sprechendes Symptom für die "deutschen Hochenschaften", die die griechische "Rechte, die Linke und die Mitte" als Zielscheibe benutzte. Abschliessend sieht die Verfasserin in dem "Gehören der Neureichen" und der deutschen "Verherrlichung jeder Art von Macht" eine neue internationale Gefahr, denn "Wir wissen, wohin Deutschland Europa und die Welt damit führte..."

In oppositionellen Kreisen Athens fragt man sich, wie hoch die Wellen noch schlagen werden und wieso man die Opposition für die wiederholte Wiederbelebung der Merten-Affäre verantwortlich machen will, wenn in der konservativen Presse nun die Dinge derart verallgemeinert und zugespitzt werden. Sollte das der Anfang sein, wieder alle alten Sünden auszugraben? Die griechische Opposition wies immer wieder darauf hin, dass sie keine Stellung zu dem Inhalt der Anschuldigungen des Dr. Merten nimmt. Dies sei Sache der Justiz. Die Opposition übte bisher nur Kritik an der Reaktion und der Taktik der Regierung in dieser anrüchigen Angelegenheit. Es zeigt sich immer deutlicher die Notwendigkeit, dass ein endgültiges richterliches Urteil Klarheit und damit die ganze Affäre aus der Welt schafft.

Gebremste Karriere des Herrn von Hassel

sp - In den Reihen der Abgeordneten aller Fraktionen des Kieler Landtags wird heute bereits offen darüber gesprochen: Ministerpräsident von Hassel hat den Höhepunkt seiner staatspolitischen Laufbahn hinter sich. In seiner Fraktion in Kiel macht man sich bereits Gedanken darüber, wer denn den Christlichen Demokraten im Norden als neuer Regierungschef besser zu Gesicht stünde, falls sie 1962 bei der Landtagswahl noch einmal mit einem Koalitionspartner in die Regierungsverantwortung kommen sollten. Von Hassel wird von der CDU als Belastung empfunden. Deshalb wurden schon Namen für einen möglichen neuen Regierungschef genannt und mit einem gewissen Augenzwinkern versichern sogar CDU-Abgeordnete unter der Hand, dass der neue Mann vielleicht auch schon zu einem früheren Zeitpunkt ins Amt einrücken könnte.

Das nicht ausreichende staatspolitische Profil des Kieler Regierungschefs vor dem Hintergrund dessen, was man mit "brauner Patronage" bezeichnet hat, war es, was die Karriere des jungen Regierungschefs im Norden bremste. Wie aber sieht es nun mit den administrativen Leistungen in Schleswig-Holstein aus, das seit dem 11. Oktober 1954 unter der Ära des Herrn von Hassel lebt? Das ihm unterstehende Statistische Landesamt hat gerade in diesen Tagen wiederum Zahlen zum Thema "Schleswig-Holstein im Bund" vorgelegt, die für sich sprechen. Sie zeigen auf, dass es Kai-Uwe von Hassel in über sechsjähriger Regierungstätigkeit nicht gelungen ist, Schleswig-Holstein in seinen Leistungen für die Bevölkerung vom Ende der Schlange der Bundesländer nach vorn zu bringen.

So waren am 30. November letzten Jahres von 1000 Arbeitnehmern noch 17 arbeitslos, während es im Bundesdurchschnitt nur sieben waren. Darüber hinaus waren 27,3 Prozent der Arbeitslosen Vertriebene. Im Volkseinkommen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) bildete Schleswig-Holstein gleichfalls das böse Schlusslicht mit 3 500 DM im Jahre 1959, während der Bundesdurchschnitt 4 755 DM betrug. Schließlich seien als Kennzeichen für die Leistungen der Regierungspolitik des Herrn von Hassel noch Steuern und Spareinlagen genannt. Mit 536 DM Spareinlagen je Einwohner am 31. Oktober 1960 lag Schleswig-Holstein wiederum am Ende. Es rangierte mit 37 DM Gemeindesteuern und 62 DM Landessteuern im zweiten Rechnungsvierteljahr 1960 gerade eben vor Rheinland-Pfalz, wobei aber hier die Bundeszahlen 45,-- und 96,-- DM betragen.

Man weiss, dass Kiels ehrgeiziger Ministerpräsident einen neuen Start in die politische Zukunft mit einem Vorschlag über eine deutsche Entwicklungsgesellschaft versucht hat, die auf eigene Erfahrungen eines Besuches in Afrika, wo von Hassel ja geboren wurde, basieren. Aber am gleichen Tage, als der Regierungschef mit seinem Entwicklungsplan herauskam, sprachen sich Adenauers Intimus, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Abs, sowie der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Professor Hettlage gegen die Errichtung von Entwicklungsgesellschaften aus, Man gab dem Herrn von Hassel zu verstehen, und zwar übereinstimmend, gegen die Gründung von Gesellschaften zur Durchführung von Entwicklungshilfen spreche, dass sie leicht in den Geruch von "Kolonialgesellschaften" kämen.

Es liesse sich noch anführen, dass von Hassel seinen vorhergehenden Versuch, in die grosse Politik einzusteigen, ebenfalls nicht durchzusetzen vermochte, nämlich ein Zusammengehen zwischen EFTA und EWG zu erreichen. Auch sein Vorschlag, amerikanische Elitetruppen nach Schleswig-Holstein zu legen, um den NATO-Nordabschnitt zu stärken, wurde nicht einmal ernsthaft diskutiert; stattdessen wird jetzt die NATO-Befehlsstruktur im Norden vernünftig umgebaut.

Es ist schon so: Von Hassels grosse Karriere ist zu Ende. Sein staatspolitisches Versagen bei der "braunen Patronage" machte das sichtbar, aber seine eigenwilligen Ausflüge in die grosse Politik haben ihm ebenso wenig Erfolge eingebracht, wie er es vermochte, Schleswig-Holstein voranzubringen.

+ + +

Admiral Zenker machte "Rein Schiff"

"Wir wollen keinen Dönitz-Mythos"

sp - "Wir wollen keinen Dönitz-Mythos, keinen Mythos der Großadmirale!" Mit diesen klaren Worten hat Flottillenadmiral Karl-Adolf Zenker, der in Kürze als Nachfolger von Vizeadmiral Ruge das hohe Amt eines Inspektors der Marine übernehmen soll, für sich, und so hoffen wir, für die ganze Bundesmarine die ebenso eindeutige wie notwendige Distanzierung zu einer falsch verstandenen Traditionsmissbildung vorgenommen. Zenker hat in einem NRZ-Interview noch hinzugefügt, daß er "ein ausgesprochener Feind jeder Legendenbildung" sei und daher mit seiner Morgenrauschenrede im Januar 1956 auch nicht die Absicht gehabt habe, "der Marine die Großadmirale als Vorbilder zu setzen".

Es soll hier und jetzt nicht mehr um die Umstände dieser Klarstellung gerechtet werden, die spät genug und auch nicht so ganz aus eigenem Antrieb gekommen ist. Zenker will seine Wilhelmshavener Rede als einen Appell an jene Marineoffiziere verstanden wissen, die damals, in den Aufbaujahren der Bundesmarine, angesichts der Nürnberger Urteile und der Inhaftierung von Raeder und Dönitz geglaubt hätten, sich nicht wieder zum Soldatendienst melden zu können. Zenker sagt heute, daß er nicht mehr Angehöriger der Bundesmarine wäre, wenn alle Überlegungen, die sich an seine Morgenrauschenrede geknüpft haben, seine Meinung getroffen hätten.

Nun, der Flottillenadmiral Zenker, in Kürze ranghöchster Offizier der Bundesmarine des demokratischen und sozialen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland, hat den verhängnisvollen Großadmirale-Mythos und der Legendenbildung um eine falsch verstandene Tradition abgeschworen. Dieses gute Wort gilt für ihn und, stellvertretend durch ihn, für die Bundesmarine. Ein Admiral hat "Rein Schiff" gemacht. Das sei fairerweise und mit Anerkennung registriert.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel